

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 21 (1941-1942)
Heft: 6

Artikel: Die Verantwortung für Frankreichs Katastrophe
Autor: Gyssling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334275>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wortes — nicht zu verwechseln mit irgendwelcher persönlicher Ränkeschmiederei, geboren aus der Rachsucht oder der Freude am Ärger des politischen Gegners — drängt sich auf. Mehr denn je haben wir unserem Volke zu zeigen, was *wir* an konstruktiven und fortschrittlichen Ideen vertreten, wie *unser* Bild einer werdenden neuen Schweiz aussieht. Jetzt heißt es nicht, die Hände resigniert in die Taschen stecken, in der Meinung, die andern sollen es allein machen, sie werden sich schon abnützen. Sie werden es schon allein machen, aber ganz anders, als die Befürworter der politischen Abstinenz erhoffen. Es heißt jetzt, unsere Energien verdoppeln und gerade aus einer politischen Niederlage die Kraft zu neuem und besserem Kampf um die Seele des Volkes schöpfen. Wir sind und bleiben zukunftsfreudig und zukunftsgläubig. Die Welt ist nicht dazu verdammt, ständig wieder in Blut und Schlamm zu waten, und unsere kleine Eidgenossenschaft ist jener Teil der Erde, auf den wir gestellt sind und in dem wir unsere Menschheitshoffnung zu verwirklichen trachten müssen. Keine politische Niederlage kann unsern Glauben in die Gerechtigkeit und in eine bessere Ordnung erschüttern.

Die Verantwortung für Frankreichs Katastrophe

(Zu dem bevorstehenden Prozeß in Riom.)

Von Walter Gyßling.

Der schnelle und vollständige Zusammenbruch Frankreichs im Frühsommer 1940 wirkte überall als eine so ungeheure Sensation, daß allein schon deswegen dort selbst wie in den anderen Ländern seine Ursachen einer eingehenden Diskussion unterzogen wurden. Galt doch Frankreich allseits als eine der stärksten Militärmächte — Churchill nannte die französische Armee zu Beginn dieses Krieges die beste der Welt —, so daß das Tempo und die Gründlichkeit, mit der diese Macht regelrecht über den Haufen gerannt wurde, Aufsehen und Verwunderung erregen mußten. Nicht zuletzt beim französischen Volk selbst, das durch den schnellen Zusammenbruch seiner Wehrmacht völlig überrascht wurde und mit verständlicher Leidenschaft die Frage nach dessen Ursachen aufzuwerfen begann. Für die Regierung, die die Kapitulation auf sich genommen und die harten Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben hatte, entstand sofort das Bedürfnis, den Zusammenbruch so zu erklären, daß damit zugleich die Volk und Welt frappierende eigene Haltung gerechtfertigt erschien. Aber Pétains im ersten Augenblick gegebene Formel «zu wenig Menschen, zu wenig Material, zu wenig Verbündete» befriedigte wegen ihres allgemeinen Charakters natürlich nicht und schon in der Nationalversammlung in Vichy hatte sich das allgemeine Verlangen nach einer genauen Untersuchung der Verantwortlichkeiten und nach Sanktionen gegen die Fehlbaren zu dem Antrag des Senators Reibel verdichtet, einen eigenen Untersuchungsgerichtshof mit der Aufgabe, die

Schuld an der Niederlage abzuklären und die Schuldigen zu verurteilen, zu betreuen. Der Antrag wurde angenommen, der Gerichtshof in Riom eingesetzt, die früheren Minister Daladier, Guy La Chambre, Georges Mandel und Paul Reynaud, sowie der Ex-Generalissimus Gamelin in Gewahrsam genommen. Ihnen gesellten sich später der Generalkontrolleur des Rüstungswesens, Jacomet, und Léon Blum bei, den eine Kampagne der Rechtspresse haß- und gifterfüllt als einen der Hauptschuldigen bezeichnet hatte. Nach eineinhalbjähriger Vorarbeit, reich an den verschiedenartigsten Zwischenfällen, soll nun vor dem Gerichtshof in Riom im Februar der erste Teil des Prozesses gegen Blum, Daladier, Gamelin, La Chambre und Jacomet beginnen, nachdem ein in jeder Hinsicht äußerst fragwürdiger Spruch eines im Herbst 1941 tagenden politischen Sondergerichtes die Anklagepunkte kurzerhand übernommen und die Angeklagten «einstweilen» mit Pétains Zustimmung zu Festungshaft verurteilt und so dem drängenden Rachebedürfnis gewisser Rechtskreise Genüge getan hatte. Schon dieses Zwischenspiel zeigte deutlich, daß im Laufe der Zeit das Verlangen nach wirklicher Erforschung der Ursachen für die Niederlage und nach Bestrafung der wirklich Schuldigen von allerdhand parteipolitischen Zielen überwuchert worden war, hauptsächlich von dem Wunsch der Rechten, in der entmachteten Linken den «Sündenbock» zu präsentieren, sie damit vor dem Volk zu diffamieren und so die eigene Schuld am Zusammenbruch vor dem Volk zu verschleiern. Da hinein mischte sich das Bestreben der germanophilen Cliques, die Gegner einer Annäherungspolitik an Deutschland zu treffen und wenigstens für die Vergangenheit deren Politik zu einem Verbrechen zu stempeln.

Diese verschiedenen Bemühungen hatten auf den Gang der Untersuchung und die Formulierung der Anklagepunkte entscheidenden Einfluß. Diese sehen wir so um drei zentrale Fragen gruppiert. Die germanophilen Kreise dringen darauf, daß in erster Linie die außenpolitischen Probleme in den Vordergrund des Prozesses gestellt werden, d. h. die Tatsache, daß die im Jahre 1939 im Amt befindliche Regierung Daladier-Reynaud die Bündnisverpflichtungen Frankreichs ernst nahm und gemeinsam mit England in Berlin die Kriegserklärung abgeben ließ, als Deutschland den Angriff auf Polen unternahm. Marcel Déat, der schon damals die Meinung vertrat, es lohne sich nicht, «für Danzig» zu sterben, agitiert heute in der Pariser Presse als Hauptwortführer dieser Richtung, während in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstandsabschluß die früheren Minister Georges Bonnet und Anatole de Monzie, beide Exponenten der sogenannten «Politik von München» und nicht minder einiger traditionell an Deutschland angelegter schwerindustrieller Konzerne und Bankgruppen (Schneider-Creusot — Acieries de la Marine et d'Homecourt — Banque de l'Union Parisienne — Crédit Lyonnais) sich in einer Enthüllungskampagne bemühten, gegen Daladier den Vorwurf zu präzisieren, er habe aus Abhängigkeit England gegenüber unter dem Einfluß der Botschafter Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika Frankreich in den Krieg gestürzt und vor allem die letzten Vermittlungsbemühungen des damaligen Außenministers Bonnet, der mit Hilfe Mussolinis ein zweites «München» herbeiführen wollte, vereitelt, obwohl er

gewußt habe, daß Frankreich für einen Krieg nicht hinreichend gerüstet sei. Die zahlreichen Unterlassungssünden in der französischen Aufrüstungspolitik vor und in den ersten sechs Monaten nach Kriegsbeginn stören diese Kreise viel weniger als etwa die Energie, mit der sich im Juni 1940 Paul Reynaud und Georges Mandel der Kapitulation widersetzen und für eine Weiterführung des Krieges an Englands Seite von den Kolonien aus eintraten. Die der Vichy-Regierung nahestehenden Rechtskreise dagegen, die damals wenigstens zum Teil diese außenpolitischen Konzeptionen teilten, zeigen sich aus begreiflichen Gründen an der Erörterung dieser Fragenkomplexe weniger interessiert. Sie legen den Hauptnachdruck auf die Mängel der französischen Rüstung und zielen damit nicht auf Paul Reynaud und Mandel, die ja beide selbst von der Rechten, wenn auch von der gemäßigten, kommen, als auf die radikalsozialistischen Minister Daladier, La Chambre und Pierre Cot, der auch unter Anklage steht, aber nach Amerika ging. Und natürlich auf Léon Blum, dessen Volksfrontregierungen nach der Ansicht der Rechten überhaupt ungefähr die Wurzel allen Übels sind. «Pierre Cot hat unsere Flugzeuge 1937 an ‚Rotspanien‘ verschenkt, deswegen hatte Frankreich 1940 so gut wie keine — Léon Blum und die Volksfront haben durch Streikpropaganda und die Nationalisierung eines Teiles der Rüstungsindustrie das französische Rüstungs- und Industriepotential derart geschwächt, daß Frankreichs Soldaten den deutschen Tanks sozusagen mit nackten Händen gegenüber treten mußten.» Solche und ähnliche Sätze konnte man nach dem Zusammenbruch aus dem Munde fast jedes biedereren aber bornierten französischen Provinzreaktionärs hören, so wurde nicht nur in den Zuschriften an die lokale Rechtspresse argumentiert, sondern auch in vielgelesenen Blättern vom Typ des «Gringoire» oder «Candide». Ja, wenn wir uns die sogenannte Begründung des einstweiligen Urteils ansehen, das im Oktober 1941 vom politischen Sondergericht gegen die Angeklagten erlassen wurde, so finden wir zwar diese Argumente nicht im Wortlaut, wohl aber im Geiste wieder. Sie sind gleichsam die offizielle These, die sich die heute in Vichy maßgebende Schicht bezüglich der Ursachen des Zusammenbruchs zu eigen gemacht hat. Eine Ergänzung finden sie in gewissen Vorwürfen, die gegen die eigentliche militärische Kriegsführung, gegen die fragwürdige Organisation des Oberkommandos mit seinem störenden Dualismus, wegen der unzumutbaren Verteilung der französischen Truppen und damit naturgemäß gegen General Gamelin als den verantwortlichen Generalissimus erhoben werden und die in erster Linie von militärischen oder speziell mit Fragen der Landesverteidigung befaßten parlamentarischen Kreisen ausgehen, von einer kleinen Minderheit also, die überhaupt einen tieferen Einblick in die Dinge hatte. Da diese Vorwürfe wenigstens bezüglich der rein militärischen Seite der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung der Wirklichkeit nahe kommen und hinter ihnen ein durch keine reaktionären Parteischeuklappen eingegengtes Bemühen um die Feststellung der Verantwortlichkeiten spürbar wird, verdienen sie ein besonderes Interesse. Um so mehr, als diese Fragen nicht nur jetzt zunächst den Prozeßvordergrund beherrschen sollen, sondern weil von dieser Seite her schon ein bemerkenswerter Einfluß auf die Voruntersuchung ausgeübt wurde.

Die erst nachträglich erfolgte Ausdehnung der Anklage auf den Generalkontrolleur Jacomet und die sich immer deutlicher abzeichnende Absicht, neben Gamelin auch andere Generäle zur Verantwortung zu ziehen, gehen auf diese Einflüsse zurück.

Haben diese verschiedenen Stimmungen in der öffentlichen Agitation um den Prozeß und seine Vorbereitung alle miteinander eine bedeutsame Rolle gespielt, so liegt für die Verhandlung selbst die Situation wesentlich eindeutiger. Es läßt sich schon heute übersehen, daß die Fragen der mangelnden Kriegsvorbereitung und der fehlerhaften Kriegführung allein zur Verhandlung kommen werden, nicht aber die des Kriegseintrittes Frankreichs überhaupt. General Watteau, der Repräsentant der Armee im Riomer Gerichtshof, hat seit langem aufs heftigste dagegen protestiert, daß aus dem Prozeß eine Art «Kriegsschuldprozeß» gemacht würde, aus dem dann womöglich nicht einzelne Persönlichkeiten, sondern die französische Politik überhaupt als verurteilt hervorginge, und daß Frankreich durch den Spruch eines französischen Gerichts mit dem Makel der Schuld am Ausbruch dieses Krieges behaftet würde. Watteaus Hinweis, wie sehr dies die Position Frankreichs bei einer späteren Friedenskonferenz beeinträchtigen könnte, hat denn auch die Vichyer Milieus schnell überzeugt und sehr zum Verdruß der Germanophilen wurde dieser ganze Fragenkomplex und mit ihm die Durchführung des Prozesses gegen Paul Reynaud und Georges Mandel, die Exponenten der antideutschen Richtung, zurückgestellt. Wenn nun der Prozeß dadurch vereinfacht wird, so wird er deswegen aber noch lange nicht leicht zu führen sein. Denn je mehr dokumentarisches Material über die verbleibenden Fragen zutage gefördert wird, desto mehr erscheinen die offiziellen Thesen der Anklage in einem äußerst fragwürdigen Licht. Der schon oben genannte Senator Reibel, selbst ein Mann der Rechten und Mitglied von de la Rocques paraschistischer «Parti Social Français», der von dem Gericht als Zeuge vernommen wurde, da er als Angehöriger der Armeekommission des Senates tiefen Einblick in die französische Landesverteidigung gewonnen hatte, hat sich zwar in seiner Aussage die offizielle These zu stützen bemüht, dem Gericht aber gleichzeitig Dokumente vorgelegt, die sie aufs schwerste erschüttern. Kennzeichnend ist dafür ein von Reibel dem Gericht vorgelegter und im Anhang seiner seine Zeugenaussage umfassenden Broschüre («Les Responsables», Editions Baudinière, Paris 1941) abgedruckter Brief des Generals Georges, des Vizepräsidenten des Obersten Kriegsrates und stellvertretenden Oberkommandierenden, den dieser in einem andern am gleichen Ort abgedruckten Brief von General Weygand als fähigster französischer General qualifizierte Offizier am 23. Mai 1939 an Reibel gerichtet hat und in dem er Details über das Versagen der französischen Rüstungsindustrie gibt, den einflußreichen Senator um entsprechende parlamentarische Interventionen bittend. Darin gibt General Georges nun ein allerdings geradezu erschreckendes Bild von dem Materialmangel der französischen Armee wenige Monate vor Ausbruch des Krieges. Aber an zwei Stellen seines Memorandums konstatiert er in aller Form, daß der nationalisierte Sektor der Rüstungsindustrie am besten gearbeitet hat. Diese beiden Stellen beziehen sich auf die mittelschwere Luftabwehr-

artillerie, bezüglich deren er feststellt, daß die nationalisierten Schneider-Werke ein gutes 75-mm-Luftabwehrgeschütz in durchaus befriedigenden Mengen geliefert hätten, bis von oben auf einmal die Produktion aus unerfindlichen Gründen gestoppt wurde. Und hinsichtlich der leichten Tankabwehrkanonen heißt es bei General Georges: «Die nationalisierten Hotchkisswerke fabrizieren in einem befriedigenden Tempo.» Gleichzeitig erklärt er aber, daß die Puteaux-Werke, die nicht nationalisiert waren, unerträglich langsam produzierten.

Ebenso lagen die Verhältnisse bezüglich der Luftrüstung. Hier ist es der mitangeklagte frühere Luftfahrtminister Pierre Cot, der von Amerika aus mit präzisen Zahlenangaben die Legende von der Schuld der Volksfront zerstreut und die wahren Verantwortlichen aufzeigt. Im Juli 1941 stellt Cot in der amerikanischen Vierteljahrsschrift «Foreign Affairs» fest, «die Hauptursache für die Niederlage der französischen Luftmacht wurzelt in der Unterschätzung der Luftwaffe durch die militärischen Führer Frankreichs hinsichtlich ihrer Bedeutung für die moderne Kriegsführung». Im einzelnen weist Cot nach, daß das Industripotential Frankreichs 1937 unter der Volksfront um 12 % gegenüber der vorhergehenden Aera Laval gestiegen war, daß der Bericht des Wirtschaftsexperten Roos für das Volksfrontjahr 1937 ein deutliches Wachsen der Produktionskapazität feststellt, daß die Produktionskapazität der Flugzeugindustrie im besonderen schon damals weit über den vorliegenden Auftragsbestand hinausging, daß die Aufträge aber nur in begrenztem Umfang erteilt werden konnten, weil dem Luftfahrtministerium die nötigen Mittel verweigert wurden. In den fünf Vorkriegsjahren entfielen 33 % der deutschen und 32 % der englischen, aber nur 24 % der französischen Rüstungsausgaben auf die Flugwaffe. Noch krasser als die Prozentrelation zeigen die absoluten Ziffern die Differenz. Sie betragen 7,2 Milliarden Dollar für Deutschland, 2,14 für England und nur 1,102 Milliarden Dollar für Frankreich. Im Dezember 1936 erkannte Cot, daß der französische Flugrüstungsplan II, der den Bau von 2500 Flugzeugen bis Ende 1939 vorsah, ungenügend sei und forderte in den Plänen III und IV den Ausbau der Luftabwehr und den Bau von 4100 Flugzeugen. Diese Pläne wurden aber durch einen vom 15. Februar datierten, unter der Aktennummer 10-913 R/EMAA laufenden Entscheid des Obersten Landesverteidigungsrats einstimmig, d. h. nicht nur mit den Stimmen Daladiers und Gamelins, sondern ebenso sehr mit denen des Flottenchefs Darlan und des Marschalls Pétain, die beide diesem Gremium angehörten, abgelehnt und zwar mit dem Bemerkens, «es bestehe keinerlei Notwendigkeit, die Programme zur Entwicklung der Luftwaffe auszudehnen oder abzuändern». In der Industrie hinkte seit 1934 die Motorenproduktion der Apparateproduktion bedenklich nach. Die Apparateindustrie war zu 70 % nationalisiert, die Motorenindustrie nur zu 10 %. Als Cot 1937, um der Motorenproduktion auf die Beine zu helfen, ein bewährtes amerikanisches Motorenpatent durch das Luftfahrtministerium erwarb, vereitelten Intrigen der Motorenindustrie (Gnome & Rhone, Hispano-Suiza) dessen Verwertung, die dann 1938 nach dem Sturz der Volksfrontregierung endgültig aufgegeben wurde. Alle guten Flugzeuge der französischen Luftwaffe stammten aus

den nationalisierten Fabriken (Potez, Bloch, Dewoitine). Aber nach dem Sturz der Volksfrontregierung wurden die meisten Aufträge den nicht nationalisierten Werken (Renault, Bréguet, Amiot) zugeschanzt. In gleicher Weise wurde die von Cot geschaffene, wegen ihrer Vorzüglichkeit von Deutschland sofort nachgeahmte Neuorganisation der Luftarmee von Cots Nachfolger wieder abgeschafft und die unter Cot begonnene Formierung von Fallschirmtruppen wieder eingestellt, da sich die Rechtspresse gegen diese «hassenswerte Nachahmung bolschewistischer Methoden» wandte und führende Generalstäbler versicherten, «derlei sei bestenfalls eine Zirkussensation». Cot trifft den Nagel auf den Kopf, wenn er schließlich feststellt: «Der französische Generalstab hat die Revolutionierung der Strategie verkannt, die der Fortschritt der Technik, vor allem die Entwicklung des Verbrennungsmotors, der Seele von Flugzeug und Tank erbracht hatte».

Bedürfte es noch eines weiteren Beweises für die Richtigkeit dieses Cotschen Satzes und zur Widerlegung der reaktionären Legende, wonach die Volksfront und ihre fortschrittliche Sozialpolitik am Zusammenbruch schuld seien, so liefert ihn uns die französische Generalität selbst in Form einer für ihre Geistlosigkeit und das konservative Hinterwäldlertum ihrer strategischen Konzeptionen bezeichnenden Schrift. Im Jahre 1938 erschien in dem führenden militärwissenschaftlichen Verlag Frankreichs, bei Berger-Lavrault, unter dem Titel «Ist eine Invasion noch möglich?» ein Buch, das sich die Aufgabe setzte, die Unmöglichkeit einer Invasion zu beweisen und in diesem Zusammenhang die wesentlichen strategischen und taktischen Probleme des modernen Krieges zu erörtern und der literarischen Propaganda des damaligen Obersten de Gaulle und Paul Reynauds zugunsten einer Panzerstoßarmee entgegenzutreten. Der Verfasser des Buches, der General Chauvineau, war der offizielle Lehrer für Strategie an der Kriegshochschule in Paris und kein Geringerer als Marschall Pétain hat zu dem Werk eine begeistert zustimmende Vorrede beigegeben. Das Buch erzielte einen solchen Erfolg, daß es bereits 1940 neu aufgelegt werden konnte. Vorrede und Text blieben in der Neuauflage (nach der wir zitieren) unverändert, so daß wir also nach dem deutschen Polenfeldzug den für die Erziehung des französischen Generalstabnachwuchses verantwortlichen General Chauvineau unter der keineswegs zurückgezogenen Zustimmung Pétains u. a. folgende Weisheiten verkünden sehen: «Die Tanks hätten kaum eine andere Wirkung, als die Schwierigkeiten zu vermehren, unter denen eine Offensive zu leiden hat. Die Militärs, die die Krankheiten der Offensivstrategie mit Hilfe der Tanks heilen wollen, werden vielleicht eines Tages bemerken, daß die Medizin den Kranken überhaupt getötet hat. — Je beweglicher eine Division ist, desto geringer ist ihre Stoßkraft. Eine motorisierte Division ist also ein Defensiv-Instrument. — Die große Schwäche des Tanks besteht darin, daß er kein Gelände besetzen kann, weil er, um das zu tun, stehen bleiben müßte und damit die Gefahr liefe, ein gutes Ziel für die Abwehrgeschütze zu bieten. Ein Panzerwagen aber, der gezwungen ist, ohne Unterlaß von Ort zu Ort zu eilen wie der ewige Jude, bis ihm das Benzin ausgeht, ist nicht zu fürchten. — Infanterie am Kampf der Tanks teilnehmen zu

lassen, ist der Keim des sicheren Todes und keine Hilfe.» Wir erfahren weiter bei General Chauvineau, daß Tanks unwirtschaftlich seien, weil ihre Herstellung teurer käme als die der Geschützgranaten, die sie zerstören können, daß keine moderne Großmacht sich heute mehr als 2000 Flugzeuge leisten könne, weil Flugzeuge teuer seien; daß die Fabrikation zu Offensivzwecken bestimmter Tanks eine sinnlose Ausgabe darstelle und daß alle Strategie notwendigerweise wegen der steigenden Kosten der Großkampfwaffen immer mehr erstarre. Ein zusammenhängendes Befestigungssystem und hinter ihm eine kleine Stoßarmee zur Abriegelung eventueller lokaler Durchbrüche sollen Frankreich unangreifbar machen. So sahen Chauvineau und Pétain noch nach dem deutschen Polenfeldzug den modernen Krieg! Diese strategischen Konzeptionen ließen sich leiten von einem krämerhaften Renditedenken, von einem törichtem kleinbürgerlichen Sparstrumpfgeiz. Und wie sie dachte fast die ganze Generalität, aus der heraus sich keine Stimme gegen diesen von der Autorität Pétains gedeckten abstrusen Unsinn des Generals Chauvineau erhob. Nicht die Volksfront hat Frankreich daran gehindert, sich eine moderne Rüstung zuzulegen, wie die Riomer Anklage unterstellt, sondern sein Generalstab war zu phantasielos, zu denkfaul, zu sehr von dem fast sprichwörtlichen Geiz der französischen Bourgeoisie angesteckt, um eine zu wollen und zu fordern! Und wo einmal ein neuer, fruchtbarer Gedanke durchzuberechnen suchte, wurde er im Keime erstickt und unter Ressortefiersüchteleien begraben. Sogar in der Stunde der äußersten Not! Als — das berichtet wieder der Senator Reibel in seiner Aussage — im Mai 1940 nach dem deutschen Durchbruch an der Maas zur Errichtung artilleristischer Tanksperren weittragende ältere Marinegeschütze angefordert wurden, die in den Arsenalen der Marine nebst der dazu passenden Munition reichlich vorhanden waren, wurde deren Abgabe unter allerlei Ausflüchten verweigert. Bitter bemerkt Reibel dazu: «Die Marineleitung, die nie aufgehört hatte, einer einheitlichen Organisation der Landesverteidigung gegenüber feindlich eingestellt zu sein, hielt darauf, ihr Material zu bewahren, selbst als dieses andernorts sehr viel nützlicher hätte sein können als an den von der britischen und französischen Flotte hinreichend verteidigten Küsten». Die Marineleitung, das war damals niemand anders als Admiral Darlan, so wenig ein Mann der Volksfront wie der noch vor deren organisatorischer Formierung im Frühjahr 1935 von Flandin als Nachfolger Weygands zum Generalissimus berufene General Gamelin.

Wir könnten ohne Mühe die Beispiele, Zitate, Belege vermehren, die zeigen, daß die militärischen Ursachen des französischen Zusammenbruchs bei der von den Bürgerlichen, vorab von der Rechten beherrschten Militärorganisation und ihren Führern zu suchen sind. Gewiß, die ungenügende Kriegsvorbereitung Frankreichs hat auch ihre politische Seite. Daladier, der als Ministerpräsident den Krieg nicht wollte, sondern die Fortsetzung der Verzicht-Politik von München, hat als Kriegsminister die Rüstung Frankreichs derart vernachlässigen lassen. Aber die Generale und Führer der Rechten, die das erkannten, nebst den Gefahren, die darin lagen, wollten ihn an der Macht erhalten, verehrten und liebten ihn. Denn er hat ja die ihnen verhaßte Volksfront gesprengt, die Rechte wieder an

der Macht beteiligt, Tränengasbomben gegen die Arbeiter eingesetzt und die Offensive gegen deren sozialpolitische Errungenschaften eingeleitet. Was politisch eine rechtzeitige und durchgreifende Vorbereitung Frankreichs auf den unvermeidlich gewordenen Krieg verhinderte, das waren der schnöde Klassenegoismus seiner Bourgeoisie und ihre Schlotterangst vor dem, was sie den «Bolschewismus» nannte, der konterrevolutionäre Defaitismus seiner Rechten, die bereit war, die eigene Niederlage in Kauf zu nehmen, um sich in den Besitz der Macht zu setzen. All das hatte der gegnerischen Propaganda die Breschen geöffnet, von denen aus sie Frankreichs moralische Widerstandskraft zermürben konnte. Wie das systematisch geschah, wie offener Verrat und verstecktes Konspirantentum politisch Frankreichs Niederlage vorbereiteten, unter der Mithilfe seiner Finanz- und Industriemagnaten, das sei einer späteren Betrachtung vorbehalten, wenn in dem vermutlich sehr lange dauernden Riomer Prozeß nach den militärischen die eigentlich politischen Probleme zur Sprache kommen werden.

Rechter Hand, linker Hand – alles vertauscht

Von Otto Wild, Stockholm

Die schwedischen Unternehmer sind in der Behandlung von Arbeiterfragen sanft wie Lämmer. Sie schließen rechtzeitig Tarifverträge mit den Gewerkschaften, sperren sich nicht gegen notwendig gewordene soziale Reformen, und lassen es nur sehr selten zu Arbeitskonflikten kommen. Dieses Verhalten der Unternehmer, das auch politisch in der Sammlungsregierung zum Ausdruck kommt, hat seinen Grund in den Verhältnissen Schwedens. Der wirtschaftliche Aufschwung, der dem Land in den letzten Jahrzehnten vergönnt war, der Reichtum des Landes an Naturschätzen und die patriarchalischen Verhältnisse, aus denen sich die Großindustrie in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, haben ein Unternehmertum geschaffen, das in sozialen Dingen mit sich reden läßt. Man liest in den Zeitungen der Unternehmer nur selten von der Notwendigkeit, die freie Unternehmerinitiative zu erhalten, und von der Notwendigkeit der freien Konkurrenz. Probleme, die in der Unternehmerpresse anderer Länder die beliebtesten Hauptthemen sind. Merkwürdigerweise sind es Persönlichkeiten, die nicht zu den Unternehmerkreisen zählen, welche jetzt in Schweden diese Fragen in den Vordergrund rücken. Die Vertreter der großen *Konsumgenossenschaftsbewegung* Schwedens sprechen in letzter Zeit immer häufiger von der Notwendigkeit, die freie Konkurrenz im Wirtschaftsleben zu erhalten, und von der Notwendigkeit der freien Unternehmerinitiative. Es handelt sich dabei durchaus nicht um eine aus taktischen Erwägungen geleitete Propaganda, sondern um ernstgemeinte Warnungen an die Öffentlichkeit. Die durch den Krieg notwendig